

Kaschmir: Hick-Hack um die entführten Geiseln

von Georg Amshoff

Seit im November der Kontakt zu den Entführern der Geiseln in Jammu & Kashmir abgebrochen ist, schießen nicht nur Spekulationen über den Gesundheitszustand und Aufenthaltsort der Geiseln ins Kraut, sondern auch mehr oder minder seriöse Bemühungen zur Beendigung des seit Juli 1995 dauernden Dramas.

Bundesaußenminister Kinkel übt sich nach wie vor in Optimismus. Den Geiseln gehe es gut, die jungen Männer seien wohl auf und kämen sicherlich bald frei. Worauf sich dieser Optimismus gründet, bleibt allerdings unklar: das letzte sichere Lebenszeichen liegt schon mehrere Monate zurück. Die Verhandlungen mit den Geiselnehmern sind gescheitert; nachdem die Männer von Al Faran die monatelange Hinhaltetaktik leid waren, wurde ihnen im November gesagt, daß die Regierungen weder über Lösegeld noch die geforderte Freilassung von Gesinnungsgenossen der Entführer verhandeln werden. Die Deutsche Botschaft in Delhi räumt denn auch ein, daß es keinen direkten Kontakt zu den Entführern mehr gibt. Ein hochrangiger Diplomat hält sich ständig in Srinagar auf, zusammen mit Delegierten aus den Botschaften der Heimatländer der westlichen Geiseln. Minister Kinkel hat inzwischen zahlreiche Appelle an die Entführer gerichtet - das kostet nichts, und macht sich in der Öffentlichkeit gut.

Mehr und mehr sieht sich das Auswärtige Amt allerdings der Kritik ausgesetzt, es tue zuwenig. Darauf wird mit dem Hinweis geantwortet, man tue alles, was möglich sei. Dieser Vorwurf der Ineffektivität wird nach der Freilassung der in Costa Rica entführten westlichen Geiseln sicherlich noch zunehmen.

Was bisher in den Aktivitäten des Auswärtigen Amtes allerdings nicht erkennbar ist, sind Ansätze zur politischen Lösung des zugrunde liegenden Konfliktes: Die Touristen wurden ja nicht entführt, weil die Kaschmiris Trekking-Touristen leid sind, sondern weil in Jammu & Kashmir ein blutiger Bürgerkrieg herrscht, dem seit 1990 über 12.000 Menschen zum Opfer gefallen sind. Keine der westlichen Regierungen hat bisher praktikable Vorschläge zu einer Befriedung des Konfliktes gemacht. Auch auf der diesjährigen Sitzung der UN-Menschenrechtskommission werden die schrecklichen Menschenrechtsverletzungen voraussichtlich kein Thema sein.

Derweil herrscht in Erfurt, dem Wohnort des entführten Deutschen Dirk Hasert, weitgehend Ratlosigkeit. Seine Familie und Freunde hatten Ende letzten Jahres in Erfurt und Umgebung Unter-

schriften gesammelt, mit denen das Auswärtige Amt aufgefordert wurde, sich verstärkt für die Freilassung einzusetzen. Knapp 200.000 Unterschriften konnten Anfang Februar an Minister Kinkel übergeben werden, der prompt einen neuen Appell an die Entführer richtete. Auf eine politische Forderung oder eine Verurteilung der schweren Menschenrechtsverletzungen in Jammu & Kashmir hatten die Organisatoren der Unterschriftenkampagne allerdings verzichtet. So blieb es denn bei einem rein humanitären Appell, der zwar die Ohnmacht und Betroffenheit ausdrückte, aber die Chance versäumt hat, sich mit den Angehörigen der entführten und verschwundenen Kaschmiris und mit den Folteropfern dort zu solidarisieren. Die Aktivisten in Erfurt, allen voran die Freundin von Dirk Hasert, konnten mit der Kampagne die Entführung wieder ins öffentliche Bewußtsein rücken, viel erreichen konnten sie jedoch nicht.

Dieses Vakuum nutzen unseriöse, selbsternannte "Vermittler" für ihre eigenen Zwecke. So tauchte in Erfurt plötzlich ein Peter Freiherr von Zschinsky auf. Er trat als ein Reporter von Focus-TV auf, das einige Wochen darauf auf Sendung gehen wollte. Er werde nach Kashmir fahren, erläuterte er der verdutzten Familie Hasert. Dort wolle er dann die Geiseln auf eigene Faust rausboxen. Der verzweifelten Mutter von Dirk Hasert schwatzte er einen Exklusivvertrag auf, mit dem sie alle Rechte an Focus-TV verkaufte. Auch kommerzielle Sponsoren wollte der Freiherr gewinnen, und bot verschiedenen Firmen an, ihr Logo auf seinen Ausrüstungsgegenständen, seinem Satellitentelefon etc. anzubringen - was ihm vom Spiegel den Spitznamen "Rambo mit Logo" einbrachte. Die Süddeutsche Zeitung titelte gar "Ein Freiherr auf Beutezug".

Erreichen kann der überhebliche Abenteurer sicherlich nichts, aber kann sehr viel kaputt machen: bei seinen unkontrollierten, allein auf Publicity ausgerichteten Eskapaden besteht die Gefahr, daß er indische Kontaktpersonen verprellt, die Fronten in Kashmir weiter polarisiert und mühsam aufgebaute Kommunikationskanäle in das Dunstfeld

der Militanten verschüttet. Die Atmosphäre für öffentliche Aktivitäten oder humanitäre Gesten hat Zschinsky jedenfalls gründlich vergiftet. Focus hat sich inzwischen zwar von der ganzen Sache distanziert; daß sich dieses "Nachrichtenmagazin" überhaupt auf eine derart unseriöse Form Sensationsberichterstattung eingelassen hat, ist allerdings ein deutliches Zeichen für die journalistische Qualität des Blattes.

Auch einige Bundestagsabgeordnete scheinen es inzwischen auf die Publicity des Entführungsfalles abgesehen zu haben. So gab es Bestrebungen von Abgeordneten aus Thüringen, gemeinsam eine Delegationsreise nach Pakistan und Indien zu unternehmen. Aber eine solche Delegation ist eine sehr sensible Sache; Indien befindet sich praktisch schon im Wahlkampf. Neben der großen Korruptionsaffäre ist Jammu & Kashmir eines der Hauptthemen, und noch dazu ein ganz hochempfindliches. Jede falsche Äußerung von Fremden kann da großen Schaden anrichten, oder von der jeweiligen Gegenseite zu Propagandazwecken mißbraucht werden. Keiner der reiselustigen Abgeordneten hat sich bisher intensiv mit dem Thema beschäftigt oder gar politisch dazu gearbeitet. Deshalb ist unklar, ob diese Delegation über das nötige Fingerspitzengefühl verfügt hätte. Insider zeigten sich schockiert über die chaotische Vorbereitung der Delegation und die im Vorfeld gespannenen Intrigen. Eine Delegation von Bundestagsabgeordneten nach Kashmir kann sicherlich eine sehr sinnvolle Sache sein, muß aber auch sehr gut vorbereitet werden; so ist es z. B. keinesfalls sinnvoll, vor den indischen Wahlen und der Bildung der Regierung zu reisen.

Trotz viel Aktivismus gibt es also im Augenblick keine konkreten Aktivitäten, die zur Freilassung der Entführten führen könnten. Niemand kann zur Zeit sagen, wie lange die Krise noch andauern wird. Und was bei den Aktivitäten zugunsten der westlichen Geiseln leicht vergessen wird, sind die Menschen in Jammu & Kashmir. Die gleichen Nachrichtenagenturen, die jede der vielen verwirrenden Meldungen über angebliche Kontakte der Entführer zu Dorfbewohnern verbreiten, berichteten nicht über das "Verschwinden" des Menschenrechtsaktivisten Jalil Andrabi, des Vorsitzenden der Juristenkommission in Kashmir. Amnesty international betrachtet ihn als politischen Gefangenen und hat eine Eilaktion gestartet.